

er zeitweilig präsidierte, im St. Galler Kantonsrat und im Nationalrat. In der Schweiz gab es christlichsoziale Gewerkschaften und Vereinigungen. Von ihnen übernahm Beck einzelne Ziele – Demokratisierung, Einfluss der Arbeiterschaft, soziale Massnahmen. 1911 wurde in St. Gallen eine «Christlich-soziale Partei» gegründet. So übernahm Beck 1918 die Attribute «Christlich-sozial» und «Volkspartei». Denn «Konservativ» hätte er seine als fortschrittlich und demokratisch verstandene Partei nicht nennen wollen, galten als konservativ doch die Gegner. Gleich in der ersten Nummer der «Oberrheinischen Nachrichten» vom 25. April 1914 bekannte sich der Leitartikel ausdrücklich zur «auf katholischer Grundlage ruhenden Weltanschauung». Nicht anders die ebenfalls 1918 in Reaktion auf die Volkspartei gegründete zweite liechtensteinische Partei, die sich den Namen «Fortschrittliche Bürgerpartei» (FBP) gab. Eine «Fortschrittliche Bürgerpartei» hatte es vor 1914 in Basel-Stadt gegeben, ebenso nach 1918 in Appenzell-Ausserrhodon, wo sie den Freisinnigen entsprach. Die liechtensteinische «Fortschrittliche Bürgerpartei» stellte sich durch ihre Bezeichnung «Bürgerpartei» gegen alles, was sozialistisch war oder aussah, und mit «Fortschrittlich» wehrte sie den Vorwurf des Konservativ-Rückständigen ab. Die zwei 1918 entstandenen Parteien stritten um die Vorherrschaft, entsprechend suchten sie sich abzugrenzen, indem die Bürgerpartei der Volkspartei Nähe zum Bolschewismus vorwarf und sie als «Rote» qualifizierte und indem umgekehrt die Volkspartei die Bürgerpartei als kirchenhörige «Herrenpartei» und «Schwarze» titulierte – worauf jede Partei die Farbzuschreibung alsbald selber übernahm und bis heute führt, ohne die anderswo übliche ideologische Bedeutung. In Wirklichkeit waren die «Christlichsoziale Volkspartei» und die «Fortschrittliche Bürgerpartei» der katholisch-konservativen Familie zuzurechnen, mit Nuancen sich unterscheidend, die Volkspartei näher bei Arbeiteranliegen, Volksrechten, wirtschaftlicher Modernisierung und bei der Schweiz, die Bürgerpartei näher bei Bauern, Fürstenautorität, Kirche und Tradition, beide zugleich bei der Monarchie.

## Mehr Parteien, in der Schweiz wie in Liechtenstein

Für die grossen schweizerischen Parteien – Freisinnige, Konservative, Sozialdemokraten – erstand in der Zwi-

schenskriegszeit neue Konkurrenz: «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei», «Kommunistische Partei» (später «Partei der Arbeit»), «Evangelische Volkspartei», in den Dreissigerjahren «Landesring der Unabhängigen» sowie ständestaatlich-faschistische «Fronten». Die «Konservative Volkspartei» verfocht zeitweilig, gestützt auf die katholische Soziallehre, ebenfalls ständestaatliche Ideen. Von Faschismus und Nationalsozialismus liess sie sich nicht anstecken.

In Liechtenstein entstanden im Zuge der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre kurzlebige Bewegungen mit gewerkschaftlicher oder liberalsozialistischer Stossrichtung («Freiwirtschaft»). Von Oktober 1933 bis Ende 1936 bestand der frontistische «Liechtensteiner Heimatdienst», der sich christlichsozial, klerusfeindlich, ständestaatlich und antisemitisch gab. 1936 legte sich im Hinblick auf die Landtagswahlen die «Christlich-soziale Volkspartei» mit dem jungen, kleineren «Liechtensteiner Heimatdienst» zur «Vaterländischen Union» (VU) zusammen. «Union» verweist auf den Zusammenschluss der zwei Parteien, «Vaterländisch» auf den nationalen Patriotismus. Die Partei heisst bis heute so. Die VU, mit vorerst starkem Einfluss des Heimatdienstflügels, blieb für über drei Jahrzehnte Minderheitspartei. Ab 1938 war sie Juniorpartnerin in der FBP-geführten Regierung. 1938 entstand eine NS-Partei, die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein». Dieser hatte sich die FBP-VU-Regierung bis 1945 zu erwehren. Die beiden Parteien FBP und VU führten seit 1938 in Zweierkoalition die Regierung, bis heute (2014), nur für kurze Zeit gab es Alleinregierungen der FBP oder der VU.

In der Schweiz kamen ab den 1960er Jahren neue Parteien auf: «Grüne», «Schweizerische Volkspartei» (SVP, als Zusammenschluss aus BGB und «Demokratischer Partei»), «Grünliberale», «Bürgerlich-Demokratische Partei» (BDP, als aktuelle Abspaltung von der SVP).

In Liechtenstein entstanden ab den 1950er Jahren einzelne kurzlebige Kleinparteien, darunter eine «Christlichsoziale Partei» (CSP); deren Einzug in den Landtag scheiterte an der hohen 18-Prozent-Sperrklausel (1939 als Abwehr gegen NS eingeführt, heute bei 8 Prozent). Bestand behielt die 1985 gegründete grün-alternative «Freie Liste» (FL), seit 1993 im Landtag vertreten. Aktuell bildete sich anlässlich der Wahlen von 2013 die Gruppe «DU – die Unabhängigen», die sogleich in den Landtag einzog. FL und DU stehen in Opposition zu den beiden Regierungsparteien.